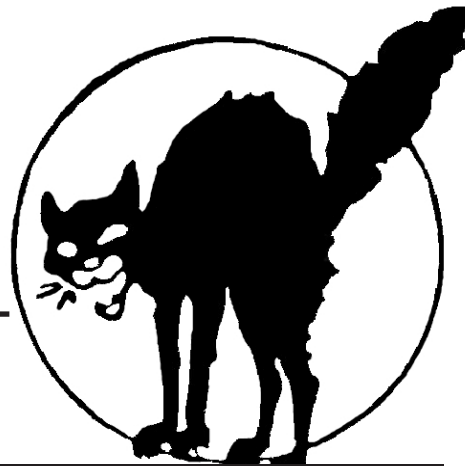


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Zur Situation in Frankreich: Der Kampf geht weiter!

Über Streiks, Gewerkschaften und „Nuit Debout“ im französischen Frühling



In Frankreich wüten seit drei Monaten vielfältige und kreative Proteste gegen das „Loi Travail“. Diese sogenannte Arbeitsmarktreform wird von vielen als französische Variante der Agenda 2010 bezeichnet. Ein Gespräch zwischen Xavier und Valerie über das Was, Wie und Warum der Proteste und die Positionierung des französischen Anarchosyndikalismus darin. Xavier war lange Zeit in der französischen CNT aktiv und beide Gesprächsteilnehmer_innen sind in der FAU Berlin organisiert.

Valerie: Worum geht es bei den Protesten in Frankreich? Warum ist dieser Kampf so wichtig?

Xavier: Der Anlass ist ein Gesetzesentwurf, das sogenannte „loi travail“

oder „loi Khomri“, benannt nach der Arbeitsministerin Myriam el Khomri. Dieses Gesetz ist vor kurzem von der Regierung und dem Parlament aufgezungen worden. Es ist der schlimmste Angriff gegen Arbeiter_innenrechte seit Jahrzehnten. Drei Punkte sind besonders wichtig: Entlassungen, Arbeitszeit und Tarifpolitik. Bis jetzt konnten Arbeitgeber_innen fest angestellte Arbeiter_innen nur dann entlassen, wenn der Betrieb wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte oder wenn der Angestellte einen schweren Fehler gemacht hatte. Mit dem neuen Gesetz können fest angestellte Arbeiter_innen praktisch ohne Grund entlassen werden und die Entschädigungen, die sie bekommen, sind stark reduziert. Das bedeutet im Endeffekt das Ende des unbefristeten Ar-

(weiter auf Seite 2)

Juli/August 2016

Nr. 43, 7. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Streiks und Demos in Frankreich gehen weiter 5

Trotz massiver Repression und Notstand läuft der Widerstand in Frankreich weiter.

Von guten Freund_innen und alten Bekannten 6

TTIP, Tisa und Co: Die geheimen Freihandelsabkommen werden, abgesehen von den Konzernen, nur Verlierer_innen bringen.

Nicht einfach ein „Einzelgänger“ 8

Der Mord an Jo Cox war ein Akt des Terrors. Solange es jedoch nicht um den Islam geht, interessiert das die Medien nicht.

Nur halber Kahlschlag? 7

General Electrics streicht 900 Jobs und führt dabei alle hinters Licht.

Rubriken

Kultur 11
Rechtliches 12

Editorial

In den letzten Wochen sassen in ganz Europa gespannt Menschen vor der Glotze, um zuzuschauen, wie 22 Bonzen einem Ball hinterherrannten und sich danach über ihre Angehörigkeit zu einer Nation freuten (oder ärgerten). Wie so oft war auch dieses sportliche Grossereignis im Austragungsland von sozialen Protesten überschattet. Wie auch schon in Brasilien scherten sich die internationalen Medien einen feuchten Dreck darum und berichteten lieber über ebendiese Reichen und deren Sportverletzungen. Dass gleichzeitig in den Strassen von Paris oder sonst wo in Frankreich Demonstrierende schwere Verletzungen durch die staatliche Repression erlitten, fand man nur in dezidiert linken Zeitungen (von denen es ja auch nicht mehr allzu viele gibt). Das „Loi du Travail“ ist ein Klassenkampf von oben. Dabei sollen die sozialen Schäden, welche der neoliberale Kurs der „ersten Welt“ angerichtet hat, mit noch mehr Neoliberalismus angegangen werden.

Ins gleiche Horn blasen neue (und alte) Freihandelsabkommen, wie TTIP und Tisa, welche die Errungenschaften der Arbeiter_innenschaft noch weiter aushöhlen sollen und soziale und ökologische Standards beidseits des Atlantiks schwächen werden. Die Verhandlungen sind dabei selbst in einem bürgerlichen Verständnis undemokratisch, da geheim, und stellen die Konzerne über die so hochgelobte Souveränität der Nationalstaaten. Alle verlieren, nur das Kapital gewinnt. Auch hier würde der erhoffte „Trickle-Down“-Effekt, also die Illusion, dass die Profite irgendwann auch wieder die unteren Schichten erreichen werde, ausbleiben.

Um Profit ging es auch in der Streichung mehrerer hundert Stellen bei General Electrics. Diese fusionierte mit dem französischen Konzern Alstom und streicht nun aufgrund von „Synergieeffekten“ mehr als 900 Stellen in der Schweiz. Dies verkaufen sie dann noch als milde und führen mit Zahlentricks die Medien erfolgreich hinter das Licht.

Solidarität mit der Bevölkerung Frankreichs, für einen vereinten Widerstand gegen die neoliberale Sparpolitik

eure Fauistas

Frankreich

(von Seite 1)

beitsvertrages und die Generalisierung prekärer Arbeitsverhältnisse. Was die Arbeitszeit angeht: Die Arbeitgeber_innen haben jetzt viel mehr Möglichkeiten, die Arbeitszeit ihrer Angestellten zu verlängern oder zu deren Ungunsten zu gestalten. Die Mehrarbeitszahlungen



werden auch geringer. Eine weitere Änderung liegt im Bereich der Tarifpolitik. Bis jetzt durften Betriebsabkommen für Arbeiter_innen nur vorteilhafter sein als das Arbeitsgesetz oder die Branchentarifverträge. Das war ein Schutz für die Arbeiter_innen, die in kleinen Betrieben ohne gewerkschaftliche Vertretung arbeiten. Jetzt wird das umgekehrt: ein Betriebsabkommen kann Bestimmungen haben, die gegen das Arbeitsgesetz oder die Tarifverträge verstoßen, zum Beispiel, was Löhne und Arbeitszeit angeht. Wenn die Gewerkschaften sich dagegen wehren, kann der Arbeitgeber eine Abstimmung der Belegschaft organisieren, mit allen Druck- und Manipulierungsmöglichkeiten, die dabei auftreten können. Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, wird das eine schlimme Niederlage der Arbeiter_innenbewegung sein mit drastischen Folgen für alle Lohnabhängigen.

Valerie: Wie positionieren sich die großen Gewerkschaften zu dem Gesetz und zu den Protesten ?

Xavier: Seit zwei Monaten haben wir zwei Ebenen des Protestes: Aktionstage mit Streiks und Demonstrationen, zu

denen manche großen Gewerkschaften aufrufen und tägliche Demonstrationen, die von Student_innen- und Schüler_innenorganisationen ins Leben gerufen werden oder spontan ausbrechen. An manchen Protesttagen waren mehr als eine Million Leute auf der Straße. Außerdem ist auf dem Platz der Republik die Bewegung „Nuit debout“ entstanden

den, die den Protesten eine neue Dimension gegeben hat, indem sie eine Tribüne für alle möglichen Sozialbewegungen und Arbeiter_innenkämpfe geworden ist und indem sie die Idee eines Generalstreiks popularisiert hat. Die großen Gewerkschaften sind geteilt: Manche, wie die sozialistische CFDT oder die christliche CFTC tun gar nichts, andere, wie die kommunistische CGT und die reformistische CGT-FO rufen zu begrenzten Warnstreiks auf, wehren sich aber gegen die Idee des Generalstreiks. Schüler_innen, Student_innen und „Nuit debout“ gegenüber sind sie eher zurückhaltend. Das Problem aller dieser Gewerkschaften ist: Sie sind sich der verheerenden Folgen dieses Gesetzes wohl bewusst, kümmern sich aber gleichzeitig um ihr eigenes Überleben als bürokratische Apparate. Dieses hängt bis zu 90 Prozent von staatlichen Subventionen ab. Deshalb wollen auch die CGT und die CGT-FO um jeden Preis eine direkte Konfrontation mit dem Staat vermeiden.

Valerie: Wie ist die Position von Anarchosyndikalisten_innen in Frankreich zu den Protesten und zu „Nuit debout“, den Besetzungen öffentlicher Plätze?

Xavier: In Frankreich sind Anarchosyndikalist_innen in mehrere Gewerkschaften verstreut: Manche sind immer noch in den großen Gewerkschaften, manche sind Mitglieder der linksradikalen SUD oder Mitglieder der anarchosyndikalistischen CNT, die aber mehrere Spaltungen erlebt hat. Alle sind natürlich gegen das neue Gesetz, alle nehmen an Warnstreiks und den Demonstrationen teil und befürworten einen richtigen Generalstreik. Wenn man diese Protestwelle mit anderen Protesten vor zehn oder zwanzig Jahren vergleicht, ist festzustellen: Neuerdings wird die CNT in manchen Städten von den anderen Gewerkschaften als gleichberechtigte Partnerin anerkannt. CNT-Aktivist_innen spielen auch eine gewisse Rolle bei „Nuit debout“, sei es in Paris oder in der Provinz. Die Grundideen, die von „Nuit debout“ popularisiert werden – direkte Demokratie, direkte Aktion und Solidarität – sind im Prinzip dem Anarchosyndikalismus ganz nah, es fehlt nur die Idee der Revolution! Aber natürlich hat eine Bewegung wie „Nuit debout“ auch viele Widersprüche und Ambivalenzen und es gibt eine Unmenge von Politiker_innen und Berufsrevolutionär_innen, die nur davon träumen, diese Bewegung zu instrumentalisieren. Das erklärt die Zurückhaltung mancher Anarchosyndikalist_innen, aber eine große Mehrheit schätzt „Nuit debout“ als ein positives Phänomen und unterstützt sie. Die Frage ist: Was wird nach der Protestwelle passieren? Ich bin nicht sehr optimistisch, was die Proteste gegen das Gesetz selbst angeht. Jedenfalls werden die jetzigen Ereignisse die Krise der reformistischen Gewerkschaften nur vertiefen, eine neue Generation von jungen Leuten wird mit den Prinzipien der direkten Demokratie und der direkten Aktion vertraut gemacht und das kann sich nur positiv auf die Verbreitung der anarchosyndikalistischen Ideen und Praxen auswirken.

Valerie: Wie überlagern sich die Diskurse um „innere Sicherheit“ und Wahrnehmung der Proteste? Welche Rolle spielen die Repressionen, die aus dem Ruf nach mehr Sicherheit folgen, für die Proteste?

Xavier: Die Proteste und die Besetzung von öffentlichen Plätzen bei „Nuit debout“ sind auch eine Rückeroberung des öffentlichen Raumes nach Monaten des Ausnahmezustands und der Demonstrationsverbote. Die Rechte erwähnt ständig den Ausnahmezustand, um ein Verbot von „Nuit debout“ zu fordern. Die Regierung hat bis jetzt diese Bewegung toleriert – ihre Teilnehmer_innen sind eben auch potentielle Wähler_innen –, aber die Polizei ist gewaltig gegen Demonstrationen und Blockaden von Gebäuden und Straßen eingeschritten,

nen oder für Leute mit Kindern ist es natürlich schwieriger, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, die abends und nachts stattfinden. Bei „Nuit debout“ wird in Verbindung mit verschiedenen Kämpfen und Projekten intensiv diskutiert, erfunden, geträumt. Auch laufende Arbeitskämpfe werden da präsentiert und diskutiert. In jeder Stadt hat die „Nuit debout“ ihre Vollversammlung, ihre Arbeitsgruppen, ihre praktische Organisation. Das alles ist ziemlich chaotisch, aber auch kreativ. „Nuit debout“ als solche kann



Das Lokal der CNT Lille nach der Polizeirazzia.

mit vielen (machmal schweren) Verletzten und vielen Verhaftungen. Die Regierung versucht dadurch, die Leute zu entmutigen und die Bewegung zu kriminalisieren. Das zeigt auch das gewaltsame Eindringen der Polizei ins Lokal der CNT in Lille.

Valerie: Wie setzen sich die Platzbesetzungen der „Nuit debout“ zusammen? Was geschieht dort? Welche Themen werden diskutiert? Was können sie erreichen?

Xavier: Mein Eindruck ist, dass diese Bewegung hauptsächlich junge Leute versammelt, soziologisch betrachtet Student_innen oder prekäre Arbeiter_innen, politisch betrachtet das ganze Spektrum links von der sozialistischen Partei. Für festangestellte Arbeiter_in-

nicht viel erreichen: Um die Regierung zur Kapitulation zu bringen, braucht man einen Generalstreik. Aber „Nuit debout“ ist wichtig als Diskussionsforum, wo neue Ideen entstehen oder alte, wie direkte Demokratie und direkte Aktion, neu entdeckt werden. Die Gefahr ist natürlich, dass aus „Nuit debout“ eine politische Partei entsteht, die so nutzlos sein wird wie „Syriza“ in Griechenland oder „Podemos“ in Spanien. „Nuit debout“ ist keine stabile Erscheinung und wird sich früher oder später erschöpfen. Wichtig ist aber, dass manche Organisations- und Aktionsprinzipien in die politische Kultur der jungen Generation eingehen und eine dauerhafte Konkretisierung finden.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Frankreich (weiter von Seite 3)

Valerie: Ich habe im März, zu Beginn der Proteste, an einer Demo in Marseille teilgenommen. Die wirkte auf mich sehr dynamisch, unter anderem auch, weil innere Widersprüche sichtbar wurden: Teilnehmer_innen, die entlang der Demoroute Banken und große Geschäfte mit passenden Schriftzügen verzierten, wurden von CGT-Leuten daran gehindert und bedroht. Die einen rollten Mülltonnen auf die Straße, die anderen rollten sie wieder zurück. Die einen besetzten eine Autobahnauffahrt, die anderen drängten sie zurück; und schließlich: Die einen riefen gegen Ende der

Xavier: Dass die gewerkschaftlichen Demonstrationen eher langweilig sind, während die Student_innendemonstrationen viel bunter und chaotischer sind, ist in Frankreich nichts Neues. Ich sehe aber zwei große Widersprüche, die sich nicht mit der Trennlinie zwischen Arbeiter_innen und Student_innen deckt. Die erste ist der Widerspruch zwischen den großen Gewerkschaften und einem Teil ihrer Basis, die sich für radikalere Kampfmethoden einsetzt. Es gibt zur Zeit Arbeitskämpfe in verschiedenen Branchen, aber ich kann ihre Stärke und ihr Potential selbst nicht einschätzen. Der zweite Widerspruch liegt in der Gewalt. Zur Zeit haben wir einerseits eine

nen. Diese Gestalt soll nicht unbedingt gewaltsam sein, gewaltfreie Kampfmethoden können auch sehr radikal und wirksam sein. Aber die großen Gewerkschaften sind gegen jede Radikalität, und die Anarchosyndikalist_innen haben da nicht viel anzubieten. Mir scheint, dass bei den französischen Anarchosyndikalist_innen heute kaum über das Wesen der direkten Aktion diskutiert wird, sei sie gewaltfrei oder gewaltsam. Das spiegelt eine weitergehende Schwierigkeit wider, konstruktiv über strategische Fragen zu diskutieren. Diese Schwierigkeit hat auch zu den Spaltungen innerhalb der CNT geführt.



Der (internationalen) Mobilisierung für den 14. Juni nach Paris folgten mehrere Tausend Menschen.

Demo zur Vollversammlung in die Uni, die anderen zur Blockade der Gleise im neben der Uni gelegenen Bahnhof. Eine Bekannte murrte, die Vollversammlungen seien zäh, ergebnis- und zahnlos. Sie dienten vor allem der Vereinnahmung durch z.B. Jugendorganisationen großer Parteien und Gewerkschaften. Sind die Beobachtungen symptomatisch und typisch für die Bewegung in Frankreich? Und was könnte aus solchen inneren Widersprüchen entstehen, im Positiven wie im Negativen?

starke Polizeigewalt und andererseits eine kleine autonome Szene, die um jeden Preis den Kampf mit der Polizei sucht, ohne zu wissen, wie und warum. Dadurch liefert sie nur der Macht und den Medien Rechtfertigungen für weitere Repression. Das Risiko ist, dass eine Mehrheit der Leute nicht mehr zu den Demos kommt, was auch ein Ziel der Polizeigewalt ist, und dass ein kleinerer Teil der Leute sich radikalisiert, ohne dieser Radikalität eine konkrete und wirksame Gestalt geben zu kön-

Valerie: Mittlerweile zeigen auch Arbeiter_innen, die in der CGT organisiert sind, Radikalität und Kampfbereitschaft. „Wir haben die Macht, die Wirtschaft zu lähmen. Leider ist das die einzige Sprache, die die Politik versteht“ sagt ein Arbeiter bei einer Blockade einer Ölraffinerie. In den letzten Wochen gab es Streiks bei der Bahn und in der Pariser Metro sowie von Fluglots_innen und Pilot_innen, die zu Ausfällen und Verspätungen führten. Die sehr entschlossenen Blockaden von

Ölraffinerien und Streiks in den Werken führten dazu, dass 20% der Tankstellen der Hahn abgedreht wurde und sich lange Autoschlangen bildeten. Auch in der Logistikbranche und im Gesundheitssektor, in Atomkraftwerken und auf einigen wichtigen Baustellen wurde eifrig die Arbeit niedergelegt und wurden Betriebsabläufe gestört. Streiks und Blockaden bei der Müllabfuhr schafften das perfekte Sinnbild für das „Loi Travail“: einen riesigen stinkenden Müllberg. Dass Arbeitskämpfe im Energiesektor und im öffentlichen Verkehr stattfinden, trifft empfindliche Punkte, so dass selbst bürgerliche Medien und Regierungspolitiker von ‚lahmlegen‘ sprechen. Die Herrschenden erweitern zum Start der Fußball-Europameisterschaft der Männer ihr Repertoire aus Repression und Überwachung unter dem Deckmantel der Terrorabwehr.

Gleichzeitig rechnen sie bereits jetzt aus, wie hoch die Verluste durch Streiks und Proteste ausfallen könnten. Sie setzen die volle Arroganz der Macht ein, um eine Aussetzung der Streiks und Proteste zu fordern, und kündigen sogar an, Arbeiter_innen zur Arbeit zu zwingen. Sie befürchteten, das kapitalistische Großereignis Fußball-EM könnte durch die Proteste im Chaos versinken. Für Dienstag, den 14.6. wurde international nach Paris mobilisiert. Auch in Deutschland wurde an vielen Orten internationale Solidarität demonstriert. Weiterhin wird es in Frankreich Streiks¹, Demos² und die Nuit Debout³ geben. Die CNT-Gewerkschaften (CNT-F, CNT SO und CNT-AIT) lassen sich nicht durch die zum Teil erheblichen Repressionen, die sie bisher erfahren haben, einschüchtern. Eine radikal linke Berliner Gruppe ruft zu einer So-

lidaritätskundgebung auf und macht die Proteste lokal anschlussfähig, indem sie auf die „Agenda 2010“ Bezug nimmt. Wir sehen: Der Kampf geht weiter!

Valerie und Xavier, Berlin 2016

¹ <http://www.cestlagreve.fr/>

² <https://linksunten.indymedia.org/user/3092/blog>

³ <https://nuitdebout.fr/>

⁴ CNT-F: <http://www.cnt-f.org/>,

CNT SO : <http://www.cnt-so.org/>

CNT-AIT: <http://www.cnt-ait.fr/>

⁵ http://www.fau.org/artikel/art_160508-101426

⁶ http://www.labournet.de/internationales/frankreich/politik-frankreich/politik-arbeitsgesetz_widerstand/am-14-juni-weltweite-solidaritaetsaktionen-mit-dem-widerstand-gegen-das-neue-franzoesische-arbeitsgesetz-auch-in-nrw/

Streiks und Demos in Frankreich gehen weiter

Seit mehreren Monaten laufen die Proteste gegen die Arbeitsrechtsreform in Frankreich auf Hochtouren. Überall im Land und auch Italien, Deutschland und der Schweiz gehen Leute auf die Strasse um diese neoliberale Verarmungsreform der französischen Unternehmer_innenverbände zu verhindern oder sich solidarisch mit dem Kampf dagegen zu erklären. Bisher ist immer noch nur die unternehmer_innennahe Gewerkschaft CFTD mit den Reformen einverstanden, was nicht verwundert. Alle anderen Gewerkschaften sind entweder dagegen oder eben noch nicht überzeugt. Mittlerweile wurde das Gesetz durch Anwendung des Verfassungsartikels 49-3 angenommen, dies aber ohne erneute Diskussion, wegen desselben Artikels. Durch den Verfassungsartikel 49-3 kann das Parlament bei Entscheidungen der Regierung umgangen werden, was aber heisst, das viel Opposition entstehen kann und das Gesetz schwer zu verteidigen ist, da es undemokratisch umgesetzt wurde. Unterdessen hält die Polizei die Repression gegen Gewerkschafter_innen, Studierende und Anarchist_innen/Autonomen auf einem hohen Niveau,

diese versuchen den Gegendruck trotzdem aufrecht zu erhalten.

Am 14.Juli mobilisiert die Platzbesetzer_innenbewegung nach Paris zu Diskussionen und Aktionen zum Thema Repression, unter anderem mit Aktivist_innen der Gruppe „Black Lives Matters“ aus den USA.

Weitere Termine folgen.

„*Tout le monde deteste la loi travail!*“
(„Die ganze Welt hasst das Arbeitsgesetz!“)

JHS

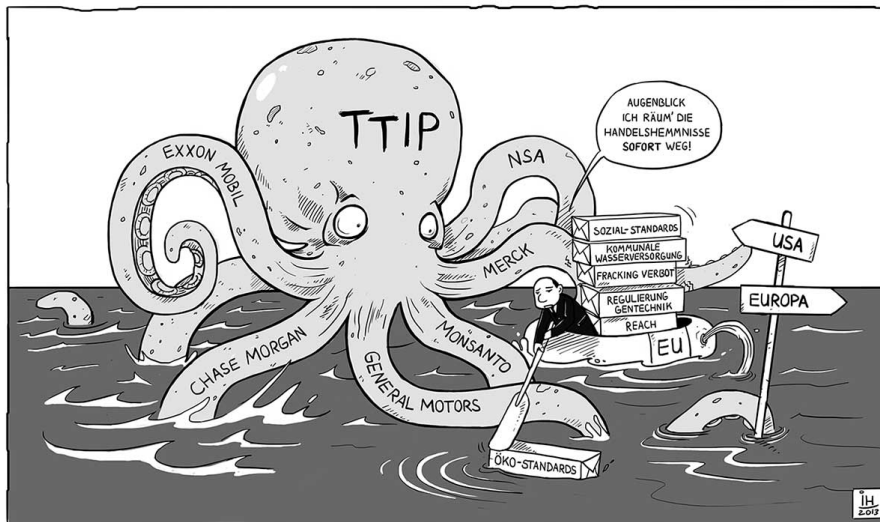


Von guten Freund_innen und alten Bekannten

„Really Good Friends of Services“ – wirklich gute Freund_innen von Dienstleistungen –, so nennt sich eine Gruppe von rund 50 Ländern, die derzeit über ein Dienstleistungsabkommen verhandeln. Das Abkommen trägt den Namen „Trade in Services Agreement“, kurz Tisa, und die Verhandlungsparteien treffen sich so, wie das wirklich gute Freunde gerne tun: unter sich und hinter verschlossenen Türen. Wenig dringt offiziell nach aus-

durch Umweltgesetze, Arbeitsrecht oder Reglementierung der Finanzgeschäfte beispielsweise. De facto sollten praktisch alle Bereiche des öffentlichen Lebens privatisiert werden, öffentliche Dienstleistungen soll es keine mehr geben. Die WTO-Verhandlungsrunden – und mit ihnen die Umsetzung des Gats – sind seit 2005 blockiert. Daraufhin schlossen sich die Unternehmer_innenverbände der USA, Europas, Australiens,

vollzogen, kann sie nicht mehr rückgängig gemacht werden. Dafür sorgt die „Standstill“-Klausel (Stillhalteklause): Alles, was zu Vertragsabschluss privatisiert ist, muss es auch in Zukunft bleiben. Es muss entweder weiter liberalisiert oder der Status Quo eingehalten werden. In die gleiche Richtung zielt auch die „Ratchet“-Klausel (Sperrklaukel): Jeder weitere, das heisst nach Vertragsabschluss erfolgte Privatisierungsschritt wird automatisch Teil des Vertrags und kann so ebenfalls nicht mehr rückgängig gemacht werden. - Daneben gilt das Prinzip der Inländer_innenbehandlung: Jeder Staat ist verpflichtet, ausländische und inländische sowie private und öffentliche Dienstleistungserbringer_innen gleich zu behandeln. Subventionen können also beispielsweise nicht mehr nur an einen Teil der Leistungserbringer_innen gezahlt oder an einen Leistungskatalog geknüpft werden. Jedes neu zugezogene Unternehmen muss automatisch die gleichen Subventionen erhalten wie die schon bestehenden. In einem Punkt geht das Tisa sogar über das Gats hinaus: Dieses sah noch vor, dass bestimmte Bereiche wie die Bildung, das Gesundheitssystem oder Kultureinrichtungen vom Prinzip der Inländer_innenbehandlung ausgeschlossen sein können. Im Tisa-Abkommen gilt das Prinzip für alle Sektoren, es sei denn, die Regierung setzt einen Bereich auf eine sogenannte Negativliste. Diese wird aber ebenfalls regelmässig neu verhandelt – mit dem Ziel, die Liste laufend zu verkürzen. So steigt der Druck auf die Regierungen, weiter zu privatisieren – wobei keine spätere Regierung jemals wieder etwas daran ändern können soll...



sen von den Verhandlungen, an denen auch die Schweiz teilnimmt. Was die Öffentlichkeit erfährt, ist meistens über informelle Wege nach aussen gelangt. Um die Verhandlungen rund um das Tisa-Abkommen zu verstehen, lohnt sich ein Blick zurück ins Jahr 1994. Das nach dem zweiten Weltkrieg abgeschlossene Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das hauptsächlich der Abschaffung von Handelshemmnissen in Form von Zollgebühren diente, wird durch die heutige Welthandelsorganisation WTO ersetzt und in einen institutionelleren Rahmen überführt. Gleichzeitig mit der Gründung der WTO wird auch die Schaffung eines Dienstleistungsabkommens beschlossen: das Gats. Es soll den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen regeln und hat vor allem eines zum Ziel: „schrittweise einen höheren Stand der Liberalisierung zu erreichen“ (Artikel XIX, Absatz 1). Anders formuliert bedeutet dies, dass alle Dienstleistungen den Regeln des freien Wettbewerbs unterworfen werden, der durch keinerlei Vorschriften behindert werden darf – also weder

Chinas, Brasiliens, Japans, Kanadas, aber auch von Barbados und St. Lucia und weiteren Ländern zusammen, um Abhilfe zu schaffen. Sie drängten die Regierungen ihrer Länder, ein Dienstleistungsabkommen auf der Grundlage des Gats, aber ausserhalb des WTO-Rahmens abzuschliessen. Die wirklich guten Freund_innen der Dienstleistungen und mit ihnen die momentan laufenden Tisa-Verhandlungen waren geboren.

Gats 2.0

Das Tisa beruht auf den gleichen Prinzipien wie das Gats: Liberalisierung des Handels und Privatisierung aller Dienstleistungen. Dazu übernimmt es weitgehend die im Gats vorgesehenen Instrumente: - Offer (Angebot) und Request (Forderung): Die Staaten machen Angebote, welche Dienstleistungsbereiche sie liberalisieren und welche sie davon ausnehmen wollen. Gleichzeitig kann eine Regierung von einer anderen die Öffnung eines Sektors fordern. - Ist die Marktöffnung in einem Bereich

Doch damit noch nicht genug...

Aufgrund solch einschneidender Veränderungen überrascht es, dass der Widerstand gegen das Tisa-Abkommen nicht grösser ist. Im Falle eines anderen multilateralen Abkommens, über das zurzeit ebenfalls verhandelt wird, waren die Proteste in den letzten zwei Jahren lautstarker: Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership,

TTIP) ist weitgehend ein Freihandelsabkommen nach ziemlich klassischem Schnittmuster – deren Auswirkungen schon von der Anti-Globalisierungsbewegung angeprangert wurden. Wie das Tisa, so stellt auch das TTIP schon die zweite Variante eines inhaltlich weitgehend gleichlautenden Abkommens dar: Nachdem das von der OECD initiierte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), mit dem Unternehmen der gleiche Rechtsstatus wie Nationalstaaten verschafft werden sollte, 1998 scheiterte, verhandeln die USA und die Europäische Union nun seit 2013 über das TTIP. Dieses zielt darauf ab, eine transatlantische Freihandelszone (Transatlantic Free Trade Area, Tafta)¹ zu schaffen, in der keine Zölle mehr erhoben und alle Standards in „nicht handelspolitischen“ Bereichen vereinheitlicht werden sollen. Das bedeutet, dass alle beteiligten Staaten ihre Gesetze und Vorschriften bis hinunter auf Gemeindeebene dem Abkommen anpassen müssen und dies in allen Bereichen, die vom neuen Regelwerk betroffen sind. Halten sich die Staaten oder Teile davon nicht an die Regeln des TTIP, können sie mit Handelssanktionen belegt oder zur Zahlung einer Busse verurteilt werden. Welche Sektoren Gegenstand der Verhandlungen sind und welche Standards im Abkommen vorgesehen sein werden, ist nur schwer in Erfahrung zu bringen – auch das TTIP wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Grundsätzlich wollen beide Verhandlungsparteien möglichst viele Handelshindernisse für ihre eigenen Unternehmen aus der Welt schaffen – die Verhandlungen orientieren sich also nicht an den strengeren Vorschriften, sondern eher daran, welche Standards in

² Unter dem Namen Tafta (Trans-Atlantic Free Trade Agreement) wurde in den 1990er-Jahren auch schon ein dem TTIP äusserst ähnliches Abkommen diskutiert, das ebenfalls nicht zustande kam.

einer Art Kuhhandel nach unten gedrückt werden können. Als Resultat werden auf beiden Seiten des Atlantiks schliesslich in zahlreichen Bereichen weniger strenge Vorschriften gelten als bisher.

Wie die Staaten freiwillig ihre Macht abtreten

Wichtiger Bestandteil des TTIP sind auch die „Investor_innenrechte“. Unternehmen können gegen Staaten klagen, wenn sie der Ansicht sind, ihre Investitionsrechte würden verletzt. Dies insbesondere im Falle einer „indirekten Enteignung“, das heisst, wenn neue Regelungen eines Staates den Wert einer Investition sinken lassen. Tritt das TTIP in Kraft, müssten die Staaten die Unternehmen für diese „Enteignungen“ entschädigen. In solchen Konflikten sollten laut TTIP „unabhängige“ Schiedsgerichte entscheiden, die unter der Aufsicht der Weltbank und der UNO tagen und ausserhalb der staatlichen Rechtssysteme funktionieren. Dies würde die Macht der Unternehmen enorm steigern – könnten sie doch mit



würden beinahe alle Bereiche unseres Lebens einem noch weiter gehenden Diktat des freien Markts unterwerfen als bisher. Es bleibt zu hoffen, dass sich der Widerstand endlich auch in der Schweiz stärker regt. Dabei muss es nicht in erster Linie um den Erhalt nationalstaatlicher Souveränität gehen – ein Argument, das gerade unter Anarchist*innen nicht gefällt. Sondern vielleicht darum, dass lokale Selbstbestimmung einfacher erkämpft werden kann, wenn die Gegnerin ein Staat und nicht ein Unternehmen oder in einem multilateralen Abkommen festgelegte Regeln sind.

dem einzigen Argument, ein Staat hätte Vorschriften erlassen, die ihre Gewinne schmälern, Staaten vor ein Gericht bringen, das sich jeglicher staatlicher Kontrolle entzieht, dessen Entscheide aufgrund des TTIP aber dennoch bindend wären. Unter dem seit 2013 beständig gestiegenen Druck von NGOs und der Zivilgesellschaft krebste die EU-Kommission schliesslich zurück und gab im September 2015 bekannt, ein festes TTIP-Schiedsgericht mit professionellen Richtern und einer Berufungsinstanz schaffen zu wollen. Dieses Einlenken zeigt, dass sich die Verhandlungsparteien bewusst sind, dass das Abkommen nach wie vor scheitern kann. Dennoch ändert der neue Vorschlag nichts am grundlegenden Problem: Klage einreichen können nur die Unternehmen, nicht aber die Staaten. Die Schweiz ist als Nicht-EU-Mitglied nicht Vertragspartei des TTIP. Dennoch würde das Abkommen die Schweiz tangieren, die in vielen Bereichen schon jetzt das EU-Recht übernimmt. Das TTIP und das Tisa

würden beinahe alle Bereiche unseres Lebens einem noch weiter gehenden Diktat des freien Markts unterwerfen als bisher. Es bleibt zu hoffen, dass sich der Widerstand endlich auch in der Schweiz stärker regt. Dabei muss es nicht in erster Linie um den Erhalt nationalstaatlicher Souveränität gehen – ein Argument, das gerade unter Anarchist*innen nicht gefällt. Sondern vielleicht darum, dass lokale Selbstbestimmung einfacher erkämpft werden kann, wenn die Gegnerin ein Staat und nicht ein Unternehmen oder in einem multilateralen Abkommen festgelegte Regeln sind.

Auswirkungen auf das Arbeitsrecht

Sowohl das Tisa als auch das TTIP zielen darauf ab, möglichst gute Bedingungen für die Unternehmen und den „freien Markt“ zu schaffen – was natürlich nicht geht, ohne dass sich die Bedingungen für die Arbeitnehmenden verschlechtern. Teil der Tisa-Verhandlungen ist die Einschränkung der staatlichen Regulierungsbehörden und die Anfechtbarkeit der von ihnen angeordneten Massnahmen, was direkte Auswirkungen auf das Arbeitsrecht hätte. Auch durch das TTIP gerieten die Arbeitnehmer_innenrechte und Sozialstandards stark unter Druck: In den USA verfügen Arbeitende und Gewerkschaften über deutlich weniger Rechte. Das TTIP bietet den Unternehmen und Staaten eine perfekte Gelegenheit, auch in Europa die Standards zu senken und Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften zu schwächen.

M.

Weiterführende Artikel zum Thema:
-<https://monde-diplomatique.de/artikel/2013/11/08/a0003>

-<https://monde-diplomatique.de/artikel/1297505>

-<https://monde-diplomatique.de/artikel/15274691>

Nicht einfach ein „Einzelgänger“

Der Mord an Jo Cox und faschistischer Terrorismus

Der Mord an der Labourabgeordneten Jo Cox war die Tat eines faschistischen Terroristen, der von einer ununterbrochenen, durch Politiker_innen und den Medien vorangetriebenen nationalistischen, ausländergefeindlichen Kampagne beeinflusst wurde. Und nicht wie er dargestellt wird, bloss ein „Einzelgänger“ mit „psychischen Problemen“.

Der Mann, der laut Augenzeug_innen „Britain first“ (Britannien zuerst) gerufen hat, erschoss und erstoch Jo Cox. Dieser Mann ist der 52-jährige Tommy Mair, der in der Vergangenheit immer wieder Sympathien zur extremen Rechten gezeigt hat. Die Bürgerrechtsorganisation *Southern Poverty Law Center* schreibt in einem Statement¹:

„Mair war über Jahrzehnte ein engagierter Unterstützer der *National Alliance* (NA), der einst grössten Neo-Naziorganisation in den Vereinigten Staaten. Mair kaufte 1999 ein Handbuch der NA, in welchem unter anderem Anleitungen zum Bau einer Pistole abgedruckt sind. Mair, der in einer als Doppelhaus beschriebenen Liegenschaft in den Fieldhead Estate in Birstall lebt, schickte etwas über 620\$ an die NA, gemäss Rechnungsbelegen von *National Vanguard Books*, des Verlags der NA. Mair abonnierte Zeitschriften des Verlags und kaufte Werke, welche die Leser_innen zu den Themen „Chemie von Schwarzpulver und Sprengstoffe“ und „Brandstoffe“ instruieren und ein Werk mit dem Titel „Handbuch der improvisierten Munition“. In welchem auf der Seite 125, eine detaillierte Anleitung zum Bau einer „Rohrpistole für .38-Munition“ aus Ma-

terialien, die in jedem Baumarkt erhältlich sind, abgedruckt ist.“

Mairs Attacke geschieht vor einem Hintergrund der zunehmenden Gewalttätigkeit der extremen Rechten. Hunderte von Neo-Nazis waren an Schlägereien mit Antifaschist_innen Ende Januar beteiligt (auch wenn an den letzten Demonstrationen teilweise nur 30 Leute teilnahmen), während die faschistische Gruppe *Britain First*

Ereignis sagt allerdings mehr über den politischen Mainstream, als über Britain First und andere Rechtsextreme aus. Dies wird offensichtlich wenn die Reaktionen auf den Mord an Jo Cox mit denen an Lee Rigby² verglichen werden. Beide wurden offenbar Opfer von Attacken durch „einsame Wölfe“, die einer terroristischen Ideologie anhängen, die im Laufe der Attacke auch ausgedrückt wurde. Bei dem Mord an Lee Rigby wurde die Ideologie unmittel-

bar als Ursache für die Attacke gesehen: Da gab es keine Unsicherheit, keine Diskussion über den psychischen Zustand der Angreifer oder dass sie jede Woche für ihre Mutter einkaufen gingen oder gerne für die Nachbar_innen gärtneren. Zudem, und das ist vielleicht das Wichtigste, wurde die Attacke als charakteristisch für die Gruppe beschrieben, der sie angehörten. Die konservative Politikerin Theresa

May sagte, dass „tausende“ andere Muslim_innen radikalisiert werden und dass die Überwachung der Muslim_innen verstärkt werden sollte. Bei Jo Cox, gibt es keine vergleichbare Betonung von Tommy Mairs Ideologie, es wird nur als Teil seiner „Vorgeschichte“ von psychischen Problemen erwähnt. Er wird nicht als das bezeichnet, was er ist: Ein faschistischer Terrorist. Sein Angriff sagt uns nichts, über die Gruppe, der er ange-



Der Rechtsextremismus in Grossbritannien ist zunehmend gewalttätig und organisiert.

vor kurzem ein Trainingscamp veranstaltete, an welchem unter anderem Messerkampf unterrichtet wurde, und zuvor gedroht hatte Parlamentarier_innen anzugreifen. Allerdings ist Britain First nicht die erste rechtsextreme Gruppierung, welche Kampftraining organisiert hat, von ungefähr 80-100 Mitgliedern verschiedener Neonazi-gruppen wird vermutet, dass sie 2015 ähnliche Trainings durchlaufen haben. Die Reaktionen der Faschist_innen auf den Mord war unterschiedlich: Einige vermuten eine Falle des Staates, während andere offen damit prahlten. Das

² Britischer Soldat, der in London von zwei Angreifern ermordet wurde. Beide riefen während der Attacke islamistische Parolen.

¹ <https://www.splcenter.org/hatewatch/2016/06/16/alleged-killer-british-mp-was-longtime-supporter-neo-nazi-national-alliance>

hört (d.h. weisse britische Menschen), sondern ist eher im Widerspruch dazu, wie die Medien und Politiker_innen es gerne präsentieren möchten und darum muss es als Abweichung dargestellt werden. Niemand spekuliert darüber, ob es Unmengen an weissen Brit_innen geben könnte, die heimlich mit der selben Ideologie sympathisieren, niemand sorgt sich über die Radikalisierung über das Internet (obwohl Britain First fast 1.5 Millionen Likes auf Facebook hat). Schlussendlich verlangt niemand vom UKIP-Führer Nigel Farage und anderen Brexit-Befürworter_innen, dass sie politische Gewalt verurteilen; Die Idee, dass sie (und die weissen Brit_innen allgemein) für die Tat von Tom-

haben soll, da sie nicht genügend an den Rassismus der weissen Arbeiter_innen appelliert habe (offensichtlich denken die Medien, dass Rassismus ein Merkmal der weissen Arbeiter_innen ist, deren Stimme nicht gehört wird). Hätte die Labour Party nicht versprechen können, hart gegen Immigrant_innen vorzugehen? Gäbe es keine Möglichkeit für sehr schnelle Verhandlungen mit der EU, sieben Tage vor dem Referendum, um die Reisefreizügigkeit abzuschaffen? Dann bringt ein rassistischer weisser Typ eine Labour-Parlamentarierin um, die prominent für den Verbleib in der EU und für syrische Flüchtlinge eingetreten ist – und plötzlich ist diese Tat kein Merkmal der weissen Arbei-

gramm wie der IS (eine Kampagne, die von konservativen Führer_innen als abscheulich bezeichnet wurde). Die Tat geschieht einen Monat nachdem Farage verkündete, das Vereinigte Königreich habe komplett die Kontrolle über die Einwanderung verloren und dass Gewalt der nächste Schritt sein werde, wenn Wahlen und Abstimmungen nicht helfen würden. Sie geschah sogar am selben Tag, als Farage ein neues Plakat vorstellte, auf welchem eine Masse an Immigrant_innen unterwegs sind, um das UK zu zerstören. Ein Plakat, dass der Bildsprache von alten Nazi-Propagandafilmen äusserst ähnlich ist. Ohne Zweifel, sind es diese rassistischen Fäden, die sich durch den po-

*Massive Unterschiede in der Berichterstattung:
Links: Der blutrünstige Islamist mit eiskalter Überzeugung. Ideologie ist Hauptursache der Tat.
rechts: Der schüchterne Verwirrte. Ideologie ist Nebensache, weitaus wichtiger erscheint die soziale Isolation und psychische Probleme.*

my Mair geradestehen sollten, ist zum Schreien komisch in ihrem Irrwitz. Das gleiche gilt aber anscheinend nicht bei entsprechenden Forderungen an die muslimische Gemeinschaft. Die enormen Unterschiede, wie die Medien über die Täter der beiden Morde berichtete, sind in der *Daily Mail* offensichtlich: Ironischerweise war die Hauptstory am Tag vor dem Mord, dass Labour ihre traditionelle Wähler_innenschaft betrogen

ter_innen mehr und kann nur noch über psychische Probleme erklärt werden. Ebenso kommt dieser Angriff weniger als ein Jahr nachdem Cameron die Labour Party als Gefahr für die nationale Sicherheit bezeichnete; ein Monat nachdem die Konservativen einen Wahlkampf um das Bürgermeister_innenamt in London geführt haben, in welchem sie behaupteten, der muslimische Labour-Kandidat habe ein ähnliches Pro-

litischen Mainstream ziehen, die tödliche Gewalt erlauben und sie in den Köpfen von faschistischen einsamen Wölfen salonfähig machen. Tommy Mair und andere wie er, sind nicht abseits vom politischen Mainstream, vielmehr lesen sie zwischen dessen Zeilen.

Dieser Artikel erschien in englisch auf **Libcom.org**
Übersetzung: smf

Nur halber Kahlschlag?

Bei General Electric verlieren mindestens 900 Arbeiter_innen ihre Stelle. Weniger als zuerst angekündigt?

Nach einem langen Poker und unter Auflagen seitens des französischen Staates übernahm General Electrics (GE) im Juni 2014 die Energiebereich vom französischen Konzern Alstom. Anderthalb Jahre später, im Januar, kündigte GE an, dass an den Standorten Baden, Birr, Turgi, Dättwil und Oberentfelden insgesamt 1305 Stellen abgebaut werden sollen. Begründet wurde dies mit „Synergieeffekten“, die durch die Fusion entstanden seien.

litätsjournalismus bekannte Blatt *20 Minuten*, wies nebenbei darauf hin. Die meisten Medien übernahmen unkritisch ein Statement von Michael Rechsteiner von GE Schweiz: „Die Reduktion um 400 entspricht der Summe aus der natürlichen Fluktuation, reduzierten Synergiezielen und innerbetrieblichen Bewerbungen auf neu geschaffene Stellen.“ Das heisst die neugeschaffenen Stellen werden dem „Verhandlungserfolg“ der Konsultationsfrist angerechnet. Das klingt gut, ist aber völliger Humbug. Und bestätigt die Analyse der Zentralgewerkschaft Syna, welche in einer Medienmitteilung schreibt, dass ein Grossteil der nun definitiv abzubauenen

fits auch langfristige Werte einer Firma geopfert werden, sollte dann auch niemanden mehr überraschen: Durch die Entlassungen wird Know-how abgebaut, das nicht so einfach wieder errungen werden kann. Die FAU teilt diesbezüglich die Schlussfolgerung der Syna: „Das Aufgeben von Teilen der Produktion ist und bleibt also unnötig, da kein finanzieller Druck dazu besteht.“

GE gab dann auch noch bekannt, dass die Entlassungen in den nächsten anderthalb Jahren ausgesprochen werden. Ein Schelm, wer dabei denkt, dass GE Massenentlassungen umgehen möchte, um keine Sozialpläne finanzieren zu müssen.



Als Grund für den Stellenabbau nennt General Electric „Synergieeffekte“ durch die Fusion mit Alstom.

GE jongliert mit Zahlen

GE operierte aber mit zwei Zahlen, zuerst war die Rede von 1300 Stellen die abgebaut werden sollen. Nach Ende der Konsultationsfrist nennt GE nun aber eine andere Zahl, die schon immer wesentlich tiefer war: Diejenige der von Kündigung betroffenen Personen. Von diesem hübschen Zaubertrick liessen sich fast alle Medien hinters Licht führen, nur das sonst nicht gerade für Qua-

Stellen Opfer von kurzfristigen Gewinninteressen sind. Kurzfristige Gewinninteressen also. Bei einem Konzern, der alleine 2014 23 Milliarden Dollar übrig hatte, um sie den Aktienbesitzer_innen als Dividende zu übergeben. Und jetzt wird einigen hundert Menschen die Lebensgrundlage vernichtet, damit es noch ein paar tausend Franken mehr werden. Die Perversität des jetzigen Wirtschaftens ist in dieser Geschichte offensichtlich. Dass auf dem Altar des schnellen Pro-

Und die Unia?

Auf der Solidaritätskundgebung am 23. Januar waren die Fahnen der „grössten Gewerkschaft“ der Schweiz nicht zu übersehen. Am 6. Juni brachte die Unia bloss ein kümmerliches Communiqué zustande. Das auch bloss die 172 „dank dem grossen öffentlichen Druck“ geschaffenen Stellen verkündet und sich konsterniert zeigt, dass ein „Weltkonzern wie GE“ nicht in der Lage sei „Umstrukturierungen ohne Entlassungen durchzuführen“. Ansonsten spricht aus dem Unia-Communiqué weniger die Gewerkschaft, als die Sozialdemokratie: „Die Unia wird sich deshalb auch in Zukunft kämpferisch für eine starke Industriepolitik und den Erhalt des Arbeitsplatzes Schweiz einsetzen“.

Gegen die Dreistigkeit und Dekadenz von Konzernen wie GE und die Lahmähigkeit von Zentralgewerkschaften, wie der Unia, die als Parlamentsanhängsel auftritt, hilft nur kämpferische Gewerkschaftsarbeit von der Basis aus – und ohne Gewerkschaftsbosse, die sich von Beiträgen einen Wohlstandsbauch anfressen und radikalere Kämpfe aus Angst um ihre Pfründe abwürgen. Wir hoffen, dass die Arbeiter_innen bei GE und anderswo aus solchen Episoden lernen und in Zukunft entschlossen gegen sinnlose Abbaupläne vorgehen.

smf



© Bild: Gerhard Seyfried

Eh' du auf andre willst mit Waffen schiessen, musst du erst selber was zu schaffen wissen.

- Erich Mühsam

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz

Die verschobene Revolution
2016 jährt sich der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs. Als die Militär im Juli 1936 putschte, befand sich das Land kurzzeitig im Bürgerkrieg... und in einer sozialen Revolution. Doch selbst diese veränderte die patriarchalen Strukturen des Landes nur wenig aufzubrechen.

November/Dezember 2015
In dieser Ausgabe
Eingeladener Rückgang 3
Die Ängste auf der Ebene in Bolivien sind nicht neu, sondern nur besonders: gehen über den „Aring-Wälder-Massaker“.

Inhaltsverzeichnis
Rechtens gegen the sacking of 2000 workers at Al Force. An Force responds with repression and violence.

Wider die Demokratiefälsche
18
Einfach überwindlich, unendliche Pluralität. Die Schweiz ist ein bezauberndes Land. Eine Alternative muss her.

Kleiner Artikel
10
Das internationale Programm
Was kann eine sozialistische Gesellschaft aussagen? Eine mögliche Antwort der Zeitgenossen von 2016.

Beitrag
14
Folgendes Programm Sie nicht traut von Sie

Beitrag
15
Einfach überwindlich, unendliche Pluralität. Die Schweiz ist ein bezauberndes Land. Eine Alternative muss her.

abonnieren?

- Ich möchte die **Direkte Ab** abonnieren (je 6 A/DA-Printausgabe wurde eingestellt! oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Einsenden an:
FAU Bern
Quartiergasse 17
Postfach 6211
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Kündigung

Das OR sieht einige wenige Schutzmassnahmen vor, bei einigen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sind Zusatzbestimmungen festgehalten, die ein wenig mehr Schutz bieten.

Kündigungsfrist

Im Allgemeinen gelten folgende Fristen:

Probezeit 7 Tage

1. Dienstjahr 1 Monat
- 2.-9. Dienstjahr 2 Monate
- ab dem 9. Dienstjahr 3 Monate

Ein GAV oder ein Einzelarbeitsvertrag kann kürzere Kündigungsfristen festlegen. Ab dem 2. Dienstjahr muss aber eine Frist von einem Monat festgehalten werden.

Fristlose Kündigung

Wenn aus bestimmten Gründen ein weiteres Arbeitsverhältnis unmöglich ist, kann von beiden Seiten her eine fristlose Kündigung ausgesprochen werden. Grund dazu ist ein vollkommener Vertrauensverlust z.B. wenn der Lohn auch nach Setzen einer Frist nicht ausbezahlt wird, wenn bei einer massiven Belästigung die Arbeit unzumutbar wird oder von Seiten des Betriebs, bei Diebstahl oder Verrat von Geschäftsgeheimnissen. Wenn du eine fristlose Kündigung anfechten willst, solltest du dies dem/r Arbeitgeber_in sofort in einem eingeschriebenen Protestbrief mitteilen und gleichzeitig deine weitere Arbeitsbereitschaft signalisieren.

Kündigungsgründe

Du kannst einen Schadensersatz einfordern (Lohn während der ordentlichen Kündigungsfrist), sowie eine Entschädigung von bis zu 6 Monatslöhnen, wenn die Kündigung missbräuchlich war. Auch wenn du selbst fristlos kündigst,

weil der/die Arbeitgeber_in das Vertrauensverhältnis komplett zerstörte, kannst du einen Schadensersatz (Lohn bis Ende Kündigungsfrist) einfordern.

Kündigungsverbot und Sperrfristen

Es gibt bestimmte Sperrfristen, während derer dein_e Arbeitgeber_in dir nicht kündigen darf:

- Militärdienst, Zivildienst, Zivildienst
- Vollständige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit (Krankheit, Unfall):
 1. Dienstjahr 30 Tage
 - 2.-5. Dienstjahr 90 Tage
 6. Dienstjahr 180 Tage
- Schwangerschaft und bis 16 Wochen nach der Geburt.

Missbräuchliche Kündigung

In folgenden Fällen kann eine Kündigung als missbräuchlich erachtet werden und zum Einfordern einer Entschädigung im Wert von maximal 6 Monatslöhnen berechtigen:

- Kündigung aus einem Grund, der in der Persönlichkeit begründet ist (Geschlecht, Alter, Herkunft)
- Kündigung wegen eines in der Verfassung definierten Rechts (inkl. gewerkschaftliche Tätigkeit)
- Kündigung weil der/die Arbeitgeber_in den/die Arbeitnehmer_in daran hindern will, von einem Recht Gebrauch zu nehmen (z.B. Mutterschaftsurlaub)
- Rachekündigung nachdem von einem Recht Gebrauch gemacht wurde.
- Kollektive Kündigung, die weder den Arbeitnehmer_innen noch dem Beco mitgeteilt worden ist (in diesem Fall kann die Entschädigung nicht höher als 2 Monatslöhne sein).

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 6211
3001 Bern

Auflage: 300
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch